

Erinnerung an einen gescheiterten Schauprozess in der DDR

Die Welle stalinistischer Schauprozesse in Osteuropa Ende der Vierziger- und Anfang der Fünfzigerjahre ist hinreichend beschrieben. Unbeantwortet ist jedoch nach wie vor die Frage, weshalb im Gegensatz zu den Szenarien in Budapest und Prag ein solcher Prozess in der DDR ausblieb – obgleich die feste Absicht der SED und des Kremls außer Frage steht. Kurt Müller, 2. Vorsitzender der westdeutschen KPD und Bundestagsabgeordneter, Erica Glaser-Wallach, Noel Fields Pflege Tochter, und Leo Bauer, Chefredakteur des Deutschlandsenders, war bei ihren Vernehmungen mit einem »großen deutschen Prozeß« 1951 gedroht worden.¹ Zu Recht galt das Interesse Hermann Webers wiederholt dieser Problematik. Als Gründe für das Ausbleiben des Prozesses werden meist »zeitliche Verzögerung bei der Erpressung von Geständnissen, die sowjetische Deutschlandpolitik und de[r] Tod Stalins« genannt, wie Weber resümierte.² Von Gennadij Bordjugow, Karel Kaplan, Rolf Badstübner und Wilfried Loth sowie von Wladimir Wolkow³ veröffentlichte Dokumente geben gleichfalls Aufschluss über diese Jahre, flächendeckende Belege der russischen Sicht fehlen allerdings. Neue Archivdokumente veranlassen zu der These, dass weder die deutsche Frage noch Stalins Tod das Scheitern eines Schauprozesses in der DDR verursachten,⁴ sondern die Zurückhaltung Wilhelm Piecks und Zufälle in der Geschichte.

-
- 1 Siehe Wallach, Erica: Licht um Mitternacht. Fünf Jahre in der Welt der Verfolgten, München 1969, S. 181; Müller, Kurt: Ein historisches Dokument aus dem Jahre 1956. Brief an den DDR-Ministerpräsidenten Otto Grotewohl, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Wochenzeitung »Das Parlament« (1990), H. 11, S. 16 ff; Bauer, Leo: »Die Partei hat immer recht«, in: ebenda (1956), H. 27, S. 409.
 - 2 Weber, Hermann: Schauprozess-Vorbereitungen in der DDR, in: Weber, Hermann/Mählert, Ulrich (Hrsg.): Terror. Stalinistische Parteisäuberungen 1936–1953, Paderborn 1998, S. 459.
 - 3 Siehe Bordjugow, Gennadij: Das ZK der KPdSU (B), die Sowjetische Militäradministration in Deutschland und die SED (1945–1951), in: Weber/Mählert: Terror (Anm. 2), S. 283–349; Kaplan, Karel/Svátek, František: Die politischen Säuberungen in der KPČ, in: ebenda, S. 487–599; Badstübner, Rolf/Loth, Wilfried: Wilhelm Pieck – Aufzeichnungen zur Deutschlandpolitik 1945–1953, Berlin 1994; Neubert, Harald (Hrsg.): Stalin wollte ein anderes Europa. Moskaus Außenpolitik 1940 bis 1998 und die Folgen. Eine Dokumentation von Wladimir K. Wolkow, Berlin 2003.
 - 4 Für Hinweise zu diesem Beitrag bedanke ich mich bei Sylwia Gräfe von der Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv, bei Dr. Gerhard Wettig und Dr. Andreas Malycha.

Politische Besonderheiten in der DDR

Die Situation der SED/DDR unterschied sich erheblich von derjenigen der Volksdemokratien. Zugereiste sowjetische Prozessberater waren nicht vonnöten. Die Spezifik der Befehlsgewalt der SMAD (Sowjetischen Militäradministration), die zugleich sowjetische Machtinteressen bediente, muss nicht begründet werden. Aus diesem Machtverhältnis konnte die SED-Führung nicht aus- oder abweichen, zugleich herrschte ein erhebliches Maß an Übereinstimmung vor allem hinsichtlich des Parteiverständnisses. Die von der SMAD mit Druck forcierte Entwicklung der SED zur »Partei neuen Typs« nach Stalin'scher Doktrin ließ sich zwar nicht ganz so schnell durchsetzen wie erwartet, konnte aber ohne eine Preisgabe des eigenen Machtverständnisses der SED-Führung auch nicht abgewendet werden. Selbst unter den flexibleren Bedingungen der SKK (Sowjetischen Kontrollkommission), die eine kontrollierende Parallelregierung mit Sondervollmachten verkörperte, blieb der Befehlston konstant. Nach wie vor wurden alle Grundsatzfragen durch das letzte Wort Stalins in den Gesprächen mit den Spitzenfunktionären Wilhelm Pieck, Otto Grotewohl und Walter Ulbricht in Moskau entschieden. Ob in Moskau oder Berlin verhandelt wurde, immer hatte die SED-Führung ausführliche Papiere über die SKK an das Politbüro der KPdSU zu übermitteln. Das mahnte der politische Berater Wladimir Semjonow etwa am 12. Dezember 1949 bei Wilhelm Pieck an. Noch deutlicher zeigt dies ein Brief Walter Ulbrichts. Aus seinem Urlaub schrieb er am 1. August 1952 an Otto Schön, Sekretär des Sekretariats des Politbüros: »Ich hatte vergessen, Dir wegen der Post nach Karlshorst Bescheid zu sagen. Inbezug auf die Entwürfe für Politbüro oder Politbüro-Beschlüsse, die dem Chef nach K. [Karlshorst] geschickt werden, bereite bitte alles vor und laß Gen. Grotewohl das Begleitschreiben unterschreiben. Aus der Ablage der Allg Abt. [Allgemeinen Abteilung] ersiehst Du, wie diese Korresp. erledigt wird.«⁵ Die geheime Allgemeine Abteilung arbeitete auf Weisung des Parteivorsitzenden Wilhelm Pieck, später Walter Ulbrichts, und bildete die Schaltstelle zur SKK und zum Zentralkomitee der KPdSU.

Direkte Vorgaben erhielt Wilhelm Pieck vom Vorsitzenden der SKK Armeegeneral Wassili Tschuikow und von dessen Politischem Berater Botschafter Wladimir Semjonow. Als Semjonow am 24. Dezember 1949 eine unzulängliche Auswertung der Rajk-Kostoff-Prozesse rügte und die politische Linie der SED anzweifelte, beschwerte er sich auch darüber, dass »Charakteristiken sehr säumig oder gar nicht«⁶ herausgegeben würden. Während seines Kuraufenthalts in Barwicha bei Moskau notierte Pieck, dass er am 20. April 1950 »ferner von Smirnow (?), Moriganow (?)⁷ wegen Ausschluß von Müller«⁸ besucht wurde, wobei es sich nur um den in die DDR gelockten und am 22. März 1950 verhafteten Kurt Müller handeln konnte. Pieck, Grotewohl, Ulbricht und Oelßner als Dolmet-

5 Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv (im Folgenden: SAPMO-BArch), DY 30/3290/Bd. 1.

6 Besprechung am 24. 12. 1949 um 5 Uhr mit Semjonow, in: Badstübner/Loth: Wilhelm Pieck (Anm. 3), S. 321.

7 Der Name Smirnow könnte auf einen Mitarbeiter der SKK verweisen.

8 Ablauf der Reise nach Moskau (Pieck und Tochter Elly, Otto Winzer und Frau) in: Badstübner/Loth: Wilhelm Pieck (Anm. 3), S. 344.

scher stimmten am 4. Mai während einer Besprechung im Politbüro des Zentralkomitees der KPdSU die Dokumente für den III. Parteitag der SED (20.–24. Juli 1950) ab. Eine radikale Direktive erhielt Wilhelm Pieck am 3. Juli 1950 von Armeegeneral Tschuikow, Semjonow, dem Stellvertretenden Vorsitzenden der SKK Iwan Semischastnow und dem Stellvertretenden Vorsitzenden Oberst Semen Dawydow, der seit dem 17. März 1950 verdeckt als Bevollmächtigter des MGB arbeitete. Pieck hielt in seinen Notizen unter Punkt 3 die Stichworte »Frage der Zusammensetzung des ZK u. PB [Politbüro] – Personell – ob Uneinigkeit im Kopf [Politbüro]«⁹ fest. Das heißt, am 3. Juli war klar, dass Westremigrant und Politbüromitglied Paul Merker nicht wieder in das neue Politbüro gewählt würde. Das Stichwort »Uneinigkeit« deutet auf einen gewissen Widerstand im Politbüro hin. In der intern bearbeiteten EntschlieÙung vom August 1950, worauf noch eingegangen wird, heißt es dazu: »Bis zum III. Parteitag waren in der Parteiführung versöhnlerische Tendenzen gegenüber solchen Funktionären vorhanden, die in der Vergangenheit ernste Fehler begangen hatten.«¹⁰ Unter Punkt 6 notierte Pieck: »Untersuchungen über parteifeindl. Elemente – Staatssicherheit Zaisser – PKK [Parteikontrollkommission] Matern – Information an Kopf – Direktiven an beide Institutionen«.¹¹ Diese Maßgabe ist wohl unschwer so zu verstehen, dass die Vorbereitungen für einen Prozess endlich anlaufen sollten.

Auch inoffiziell war der über siebzigjährige Pieck wichtigster Ansprechpartner besonders für Tschuikow und seinen Stellvertreter Semischastnow, für Semjonow und dessen Stellvertreter Iljitschow sowie für den Leiter der Abteilung für Information Oberst Kijatkin. Pieck war ein Mann mit außerordentlich reichen Erfahrungen, der offenbar großen Respekt genoss. Ehemals Mitglied des Politischen Sekretariats des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale (EKKI), hatte er die Zeit des GroÙen Terrors unter Stalin miterlebt, war letzter Vorsitzender der KPD, paritätischer Chef der SED und Präsident der DDR und galt immer als ein Mensch des Vermittelns und Ausgleichs. Bei der DDR-Gründung war er sich dessen bewusst, dass sie durch die Unterstützung der Sowjetregierung und insbesondere Stalins ermöglicht wurde und dass er aus diesem Rahmen nicht heraustreten konnte. Seine alljährlich geführten Vormerkkalender¹² vermitteln den Eindruck eines »belagerten« und zugleich kommunikativen Vertrauensmannes. Darin täglich festgehaltene Kürzel dürfen zwar nicht ohne Abgleichen interpretiert werden, lassen aber politische Vorentscheidungen erahnen – vor allem bei Terminen in Karlshorst und in Piecks Wohnsitz, Majakowskiring 29 in Berlin-Niederschönhausen. In den Eintragungen von 1950 liest man, dass zwei SED-Funktionäre, die sich bedrängt fühlten, Pieck um Hilfe baten – Lex Ende (29. 3. und 14. 6. 1950) und Willi Kreikemeyer (31. 3. und 12. 4. 1950).¹³ Insbeson-

9 Ebenda, S. 351.

10 Erklärung des Zentralkomitees und der Zentralen Parteikontrollkommission zu den Verbindungen ehemaliger deutscher politischer Emigranten zu dem Leiter des Unitarian Service Committee Noel H. Field, in: Dokumente der SED. Beschlüsse und Erklärungen des Parteivorstandes, des Zentralkomitees sowie seines Politbüros und seines Sekretariats (im Folgenden: Dokumente der SED), Bd. III, Berlin 1952, S. 212.

11 Badstübner/Loth: Wilhelm Pieck (Anm. 3), S. 351. Unterstreichungen nach dem Original.

12 Siehe SAPMO-BArch, NY 4036/27.

13 Kreikemeyer ersuchte um Genehmigung des Antrags seiner französischen Frau, ihre Eltern in Frankreich besuchen zu können, der vom Zentralsekretariat der SED abgelehnt worden war. Siehe Schreiben

Dieses Foto kann aus urheberrechtlichen Gründen in der Online-Ausgabe des JHK nicht angezeigt werden.

Armeegeneral W. J. Tschuikow (l.) und der außerordentliche Botschafter der UdSSR in Deutschland, W. S. Semjonow, empfangen am 10.10.1949 in Berlin-Karlshorst Ministerpräsident Otto Grotewohl und das Präsidium der Provisorischen Volkskammer.

dere vor oder nach Sitzungen des Politbüros der SED beziehungsweise Plenen des Zentralkomitees finden sich Einträge. Kürzel wie »Köva(o)s« (6. 10. 1949), »Ungarn« (12. 3. 1951) oder »PB [Politbüro] Bericht ungarische Delegation« (14. 12. 1951)¹⁴ verlocken natürlich zu Spekulationen bezüglich Informationen über den Rajk-Prozess. Der Name »Köva(o)s« könnte sich auf den ungarischen Kaderchef Kovács beziehen, zumal Mátyás Rákosi bei seiner Befragung 1962 gestand, dass er den Bruderparteien »Aussagen« der Angeklagten hatte zustellen lassen.¹⁵ Am 27. Mai 1950 empfing Pieck unter anderem aus der ČSR den stellvertretenden Finanzminister Otto Fischl mit Frau und den Leiter der internationalen Abteilung des Sekretariats des Zentralkomitees der KPČ Bedřich Geminder mit Frau, die etwa ein Jahr später ihre Funktionen gegen Zuchthaus eintauschen mussten. Eindeutiger liest sich eine Notiz für den 11. bis 13. März 1952 im Vorfeld des Slánský-Prozesses über

Kreikemeyer an Pieck, 31. 3. 1950, in: Die Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik (im Folgenden: BStU), MfS-AU/658/90, Bl. 21 f.

14 Offiziell tagte das Politbüro am 13. und 16. Dezember und laut Protokoll ohne Bezugnahme auf die Delegation.

15 Siehe Otto, Wilfriede: Was »damals normal war« – Bericht an das Zentralkomitee über eine Befragung von Mátyás Rákosi, Ernő Gerő und István Kovács, in: Halbjahresschrift für südosteuropäische Geschichte, Literatur und Politik 13 (2001), H. 1.

den Empfang einer Delegation mit Klement Gottwald, Außenminister Viliam Široký und Karol Bacilek, dem Minister für nationale Sicherheit. Privatbesuche leistete sich allerdings auch Semjonow beim Staatssicherheitsminister Wilhelm Zaisser, beim Chefredakteur des Zentralorgans *Neues Deutschland* Rudolf Herrnstadt, beim Generalsekretär des Zentralkomitees der SED Walter Ulbricht und beim Ministerpräsidenten Otto Grotewohl.¹⁶

Im Unterschied zu den Geheimdiensten im Ostblock, die bereits 1948 gegründet worden waren, konnte das Ministerium für Staatssicherheit (MfS) erst nach der Gründung der DDR Anfang Februar 1950 gesetzlich aus der Taufe gehoben werden. An seiner Seite agierte ein Bevollmächtigter des MGB (Ministerium für Staatssicherheit der UdSSR) und ein Chefberater mit Team. Der erste Minister Wilhelm Zaisser war unter dem Namen »General Gómez« aus dem Spanienkrieg bekannt und besaß das Vertrauen Wilhelm Piecks und Moskaus. Als Mitglied des Politbüros und der Hoheit des MGB Unterstellter war er über alles informiert. Er trug die allgemeine politische Verantwortung auch für die Vorbereitung eines Tribunals. Nach der Aktenlage mischte er sich hier aber nicht ein, sondern überließ dies seinem beflissenen Staatssekretär Erich Mielke. Aufschlussreich ist eine maschinenschriftliche Notiz von Mielke an Ulbricht vom 26. August 1950: »Soeben wurde die Französin W a l l a c h, geboren[e] Glaser festgenommen. Sie kam ohne gültige Ausweispapiere in die Halle und wurde beim Verlassen derselben festgehalten. Auf Befragen gab sie an, L. B. [Leo Bauer] vom Rundfunk sprechen zu wollen«. Mit unverkennbarer Handschrift ist angemerkt: »Unbedingt festhalten, gründlich vernehmen. U [Ulbricht]«. ¹⁷ Noel Fields Pflgetochter Erica Glaser-Wallach ließ Zaisser, der sie in Spanien als fünfzehnjährige Schwester im Krankenhaus für Interbrigadisten kennengelernt hatte, über Mielke »grüßen«. Bei dieser Gelegenheit dachte sie an die Rettung ihres Vaters, der in Spanien unter Spionageverdacht gestanden hatte, durch Zaisser.¹⁸ In dem seit März 1950 bestehenden vorläufigen Untersuchungsgefängnis des MfS in der Berliner Albrechtstraße herrschte vorübergehend für einige Häftlinge eine etwas »lockere« Atmosphäre, an die sich auch Erica Wallach erinnerte. Namen von Verhafteten wurden bekannt, ebenso der SED-Beschluss zum Rajk-Prozess sowie Berichte über den Prozess. Dem bereitete Mielke ein Ende und stellte am 12. Oktober 1950 Strafantrag gegen zwei Wachleute. Beide wurden im Dezember 1950 verurteilt.¹⁹ Erpressungsversuche bei Vernehmungen von deutscher und sowjetischer Seite sowie psychologischen und physischen Druck während der Haft erlebten die Häftlinge auch beim MfS, sie unterschieden sich aber wohl vom teuflischen Vorgehen unter dem Rákosi-Regime.²⁰

16 Siehe Hirsch, Rudolf: Der 17. Juni und der Machtkampf in Moskau, in: *Neues Deutschland* vom 17. November 1992, S. 14.

17 Siehe BStU, MfS-AU/107/90, Bl. 4. Erica Wallach war von Paris nach Berlin gelockt worden. Als sie Bauer im Funkhaus nicht antraf, von Frau Goldhammer an das Zentralhaus der Einheit verwiesen wurde und von dort an das Funkstudio in der Werner-Seelenbinder-Halle, in der ein Kongress der Nationalen Front tagte, verwickelte man sie bei ihrer Frage nach Bauer in ein Gespräch. Frau Glaser wurde auf den nächsten Tag vertröstet und nach dem Verlassen des Gebäudes verhaftet. Siehe Bericht über die Festnahme der Erica Glaser, in: BStU, MfS-AU/107/90, Bl. 6f.

18 Siehe Wallach: Licht um Mitternacht (Anm. 1), S. 79–82.

19 Siehe BStU, MfS-BdL/Dok., Nr. 000011, Bl. 1 f.; BStU, MfS-AU/10/51, Bd. 1, Bl. 1; BStU, MfS-AU/10/51, Bd. 2, Bl. 4–37.

20 Siehe Szász, Béla: *Freiwillige für den Galgen. Die Geschichte eines Schauprozesses*, Nördlingen 1986.

Dieses Foto kann aus urheberrechtlichen Gründen in der Online-Ausgabe des JHK nicht angezeigt werden.

Paul Merker (vorn 3. v. r.) und Otto Grotewohl (rechts daneben) bei der Einweihung des sowjetischen Ehrenmals in Treptow am 8. Mai 1949.

Die Annahme, dass die Deutschlandpolitik der Sowjetunion, insbesondere ihre Offerten von 1950 bis Anfang 1952, und die entsprechende Politik der SED die Inszenierung eines ersten Prozesses bremste, ist nicht gänzlich überzeugend, denn die sowjetischen Konzepte für Europa waren in sich widersprüchlich. Sie waren von der Propagierung unvereinbarer Ziele und von Mehrgleisigkeit geprägt.²¹ Die Indoktrination der SED seit 1948 und die Übernahme der Kominform-Beschlüsse mit den hypertrophen trotzkistischen und titoistisch-faschistischen Feindbildern zogen zudem eigentlich eher eine Verstärkung des Drucks nach sich. Ein besonders brutaler Fall war die Festnahme des genannten West-Kommunisten Kurt Müller, der trotz seiner elfjährigen KZ-Haft für einen Schauprozess ausgesucht worden war. Ein neuer Akzent, der den zweiten Anlauf einer Prozessvorbereitung ab Ende 1952 beeinflusste, kam beim Besuch einer Delegation mit Pieck, Grotewohl, Ulbricht und Oelßner im März/April 1952 in Moskau ins Spiel, als Stalins Forderung nach massiver Aufrüstung und Grenzsicherung der DDR durch die überraschende Aussage ergänzt wurde: »Auch sie müssen ihren eigenen Staat gründen.«²² Der Wink auf Zwei-

21 Siehe Wettig, Gerhard: Bereitschaft zu Einheit in Freiheit? Die sowjetische Deutschlandpolitik 1945–1955, München 1999, S. 168–234.

22 Bonwetsch, Bernd / Kudrjašov, Sergej: Stalin und die II. Parteikonferenz der SED. Ein Besuch der SED-Führung in Moskau, 31. März – 8. April 1952, und seine Folgen (Dokumentation), in: Zarusky, Jürgen (Hrsg.): Stalin und die Deutschen. Neue Beiträge der Forschung, München 2006, S. 173–206, hier S. 199.

staatlichkeit zog gesellschaftlich problematische Konsequenzen nach sich und verführte vermutlich auch dazu, selbst 1952 unbedingt einen großen Prozess inszenieren zu wollen.

Unfreiwilliger Abbruch der ersten Initiative

Mátyás Rákosi setzte den Idealisten Noel Field als »amerikanischen Spion« auf das Schachbrett,²³ um Stalins Verdacht von sich ab- und auf andere »Widersacher« hinzulenken; er gab ihm einen Treibriemen in die Hand, der auch in der SED weiterlaufen konnte. Das Field-Phantom kaschierte über die Konstruktion von parteifeindlichen »trozkistischen«, »titoistischen«, »imperialistischen Agenturen« einen innerparteilichen Terror.

Die bereits erwähnte sowjetische Kritik an einer zögerlichen Auswertung des Budapest-Prozesses gegen László Rajk war ungerechtfertigt. Nach der Veröffentlichung der Anklageschrift vom 6. September 1949 in der ungarischen Presse titelte *Neues Deutschland* am 13. September, bereits vor dem Prozessbeginn: »Das Ende einer Verschwörung gegen Ungarn«, »Agenten Titos und der USA«, »Vom Polizeispitzel zum Tito-Agenten« usw. lauteten die Überschriften bis zum 28. September.²⁴ Am 23. September wurde eine »Aussage« des Angeklagten Tibor Szönyi gedruckt, dass »Noel H. Field sich mit der Anwerbung von Agenten aus der Mitte der tschechoslowakischen, deutschen, polnischen und anderen Emigranten befasste«.²⁵ Im sogenannten Protokollband des Prozesses war dann konkret von einer deutschen trozkistischen Gruppe und ihrem angeblichen Leiter mit dem unbekannten Namen »Politzer« die Rede.²⁶ Doch schon die Zeitungsmeldung war ausreichend, um gegen ohnehin bekannte Westemigranten die politische Inquisition anlaufen zu lassen. Franz Dahlem, Politbüromitglied und Kaderchef, holte Notizen aus dem Jahre 1947 und Berichte ehemaliger Emigranten hervor, die seit 1945/46 vorlagen, und überreichte sie nach Rücksprache mit Ulbricht am 3. Oktober dem Vorsitzenden der ZPKK (Zentralen Parteikontrollkommission) Hermann Matern mit dem Hinweis auf Verbindungen Fields zur Emigration in der Schweiz, in Frankreich und Mexiko.²⁷ Einen Tag später forderte Matern alle SED-Kreisleitungen schriftlich auf, Berichte ihrer Westemigranten nach Berlin zu senden. Im Laufe des Monats verfassten bereits eine Reihe SED-Funktionäre Erklärungen über ihre Exilzeit. Überraschend beschloss das Politbüro am 18. Oktober, Franz Dahlem von seiner Verantwortung für Kaderfragen zu »befreien«; sie fiel nun Walter Ulbricht zu.²⁸ Am gleichen Tag wurde entschieden, alle führenden Funktionäre,

23 Siehe Barth, Bernd-Rainer / Schweizer, Werner (Hrsg.): Der Fall Noel Field. Schlüsselfigur der Schauprozesse in Osteuropa, Bd. 1: Gefängnisjahre 1949–1954, Berlin 2005; dies.: Der Fall Noel Field. Schlüsselfigur der Schauprozesse in Osteuropa, Bd. 2: Asyl in Ungarn 1954–1957, Berlin 2007; Kießling, Wolfgang: Partner im »Narrenparadies«. Der Freundeskreis um Noel Field und Paul Merker, Berlin 1994.

24 Siehe Neues Deutschland vom 15., 17., 18., 20., 22., 23., 28. September 1949.

25 Randolph Churchills Mission in den kroatischen Bergen, in: Neues Deutschland vom 23. September 1949, S. 4.

26 Siehe László Rajk und Komplizen vor dem Volksgericht, Berlin 1949, S. 183, 202.

27 Siehe Anlagen zum Schreiben vom 3. 10. 49, in: SAPMO-BArch, DY 30/ IV 2/4/106, Bl. 192.

28 Siehe SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/2/51 Bl. 3.

die in westlicher Emigration oder länger als drei Monate in westlicher oder jugoslawischer Kriegsgefangenschaft gewesen waren, durch die Parteikontrollkommissionen zu überprüfen. In der ZPKK fehlte am 21. Oktober der Hinweis auf Verbindungen zu Rajk und Field nicht, aber »kein Genosse hat[te] das Recht darüber draußen zu diskutieren«.²⁹ Matern informierte am 24. Oktober Ulbricht über das »bisher zusammengetragene Material«, das auf eine »ernste Sache« hinwies, und schlug die Bildung einer Sonderkommission vor.³⁰ Etwa am 18. November nahm die zentrale Sonderkommission unter Leitung Materns ihre geheime Arbeit auf. Sie erhielt von der Kaderabteilung Personalakten. Franz Dahlem besprach »Notizen für Charakteristiken [zu KPD-Funktionären] mit [den] Freunden«,³¹ wie sowjetische Offiziere intern genannt wurden.

Rákosis Strategie wirkte sich allerdings schon vor Prozessende auch in der SED aus. Der Kaderchef der Ungarischen Partei der Werktätigen Tibor Szönyi, der im Auftrag Rákosis seit Januar 1949 observiert wurde, besuchte Ende Januar die 1. Parteikonferenz der SED. Nach seiner Rückkehr erreichte er, dass ein 1948 beantragtes Einreisevisum der in der DDR lebenden Ungarin Ibolya Steinberger plötzlich genehmigt wurde. Die ehemalige Schweizer Emigrantin Steinberger, die im Februar zu ihrer Mutter nach Budapest reiste, wurde dort in der Wohnung des Freundes András Kálmán am 28. Mai 1949 verhaftet,³² zehn Tage nach der Festnahme Szönyis. Ihren Ehemann Bernhard Steinberger griffen sich sowjetische Organe am 9. Juni 1949 in Leipzig. Steinberger hatte zum KPD-Exil in der Schweiz gehört. In der sowjetischen Haftanstalt in Hohenschönhausen befand er sich nur in den Händen sowjetischer Offiziere, wurde pausenlos verhört, »körperlich mißhandelt, einige Male geschlagen und getreten«, um seine »Verbrechen« zu gestehen. 1989 berichtete er: »[Ich kam] der Aufforderung, meinen Lebenslauf und meine Kontakte lückenlos darzustellen, peinlichst genau nach, um so zur Klarstellung der Wahrheit beizutragen. Viel später erst ist mir klar geworden, dass ich damit zum Auslöser einer Verhaftungswelle geworden sein könnte. Ich habe niemals irgendwelche Geständnisse gemacht.«³³ Dokumente bestätigen, dass sich alle von der ZPKK zu Berichten aufgeforderten oder inhaftierten Funktionäre bei den von ihnen verlangten Niederschriften wie Steinberger verhielten.

Obwohl bis in das Jahr 1950 hinein die Überprüfung von Parteimitgliedern im Gange war, vor der Field-Sonderkommission inquisitorische Befragungen stattfanden, die Partei Hunderte Mitglieder verlor und regelrecht durchgerüttelt wurde,³⁴ übten die sowjetischen

29 Protokoll der Sitzung der ZPKK mit den Vorsitzenden der Landes-Partei-Kontrollkommissionen am 21. 10. 1949, in: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/4/437, S. 27.

30 An das Kleine Sekretariat Gen. Ulbricht Betr.: Field-Angelegenheit, in: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/4/106, Bl. 265 f.

31 Handschriftliche Notiz Franz Dahlem, ohne Datum, in: SAPMO-BArch, NY 4072/213, Bl. 79.

32 Ibolya Steinberger wurde 1953 zu acht Jahren Zuchthaus verurteilt. Sie wurde 1955 entlassen und kehrte 1956 in die DDR zurück.

33 Kopie des Schreibens von Dr. Bernhard Steinberger an den Verlag Neue Zürcher Zeitung, 19. 4. 1989, S. 1–8, hier S. 3 f. Für das Überlassen der Kopie danke ich dem Christoph Links Verlag. Steinberger erhielt im November 1950 ein Urteil des Sondergerichts Moskau über 15 Jahre Arbeitslager. Er traf im Februar 1951 in Workuta ein, 1955 wurde er entlassen.

34 Siehe Klein, Thomas/Otto, Wilfriede/Grieder, Peter: Visionen. Repression und Opposition in der SED (1949–1989), 2., überarb. Aufl. Frankfurt (Oder) 1997, S. 15–35, 189–213; Mähler, Ulrich: »Die Partei

Organe weiter Druck aus, sogar auf die ZPKK. Armeegeneral Tschuikow und der stellvertretende politische Berater Iljitschew fragten Hermann Matern am 19. April 1950 nach den im Zusammenhang mit dem Rajk-Prozess aus Budapest übermittelten »Signalen« über »trotzkistische« Verbindungen deutscher Kommunisten.³⁵ Laut Protokoll des Dolmetschers über diese Beratung wusste Matern nichts von »Signalen«, informierte jedoch darüber, dass vorliegende Erklärungen der ZPKK noch nicht zugänglich seien. Offensichtlich hatte Erich Mielke den ersten Zugriff darauf. An diese Bedrängnis Materns, die sich auch auf die westdeutsche KPD auswirkte,³⁶ erinnerte sich ein enger Mitarbeiter. Ihm habe er 1951 anvertraut: der »General drückt auf mich«; selbst Semjonow sei »wegen Merker da gewesen[...], weil Wilhelm Pieck bei seiner Meinung bliebe«.³⁷ Auch einen Mitarbeiter der Westkommission beim Zentralkomitee der SED ließ Matern wissen: der »General drückt in der Field-Sache auf mich«.³⁸

Kurz vor dem III. Parteitag der SED, am 18. Juli 1950, legte die ZPKK dem Politbüro einen Bericht mit einem Katalog von Parteistrafen vor. Ohne konkret darauf einzugehen, forderte Wilhelm Pieck zwei Tage später auf dem Parteitag, gegen die Wühlarbeit von Trotzkisten, Titoisten und anderen Agenten des Imperialismus in den eigenen Reihen höchst wachsam zu sein. Er informierte darüber, dass die ZPKK die deutsche Emigration in der Schweiz und in Frankreich untersucht hatte. Obwohl das Politbüro am 22. August in Abwesenheit von Matern und Zaisser und das Plenum des Zentralkomitees am 24. August nun der Direktive Tschuikows an Pieck vom 3. Juli folgten und Funktionäre zum Abschuss freigaben, lief das Szenario nicht glatt. Das Politbüro unterbreitete die Vorlage der ZPKK dem 2. Plenum. Wilhelm Pieck mahnte für die Diskussion, die schwierige Lage der Emigranten zu berücksichtigen und nicht »Fehler«, sondern nur »Verrätereien« zu erörtern. Demgegenüber verlangte Ulbricht, den Zusammenhang zur Feindtätigkeit in der DDR herzustellen; Mielke drängte, die ganze Vorlage zu »verschärfen«. Pieck blieb nach wie vor zurückhaltend in Bezug auf Paul Merker und Franz Dahlem.³⁹ Er erwähnte weder Aktennotizen noch den Brief von Merker und Dahlem an Geminder vom November 1948 mit der Bitte, Field zu unterstützen. Der Brief war in Piecks Sekretariat von seiner Tochter Elly Winter geschrieben worden und erlangte später im Slánský-Prozess höchsten Stellenwert.⁴⁰ Auch die Anfrage von Dahlem an Elly Winter vom 31. Januar 1949,

hat immer recht!« Parteisäuberungen als Kaderpolitik in der SED (1948–1953), in: Weber / Mählert: Terror (Anm. 2), S. 351–457, hier S. 384–417; Malycha, Andreas: Die SED. Geschichte ihrer Stalinisierung 1946–1953, Paderborn 2000, S. 356–447; Klein, Thomas: »Für die Einheit und Reinheit der Partei«. Die innerparteilichen Kontrollorgane der SED in der Ära Ulbricht, Köln 2002, S. 129–152.

35 Siehe Bordjugow: Das ZK der KPdSU (B) (Anm. 3), S. 304 f.

36 Ebenda, S. 305 f., 337–340.

37 Interview der Autorin mit Heinz Juch, Berlin, 28. 3. 2001. Privatarchiv der Autorin.

38 Interview der Autorin mit Bruno Haid, Berlin, 28. 12. 1990. Privatarchiv der Autorin.

39 Pieck muss die solidarische Stellungnahme Merkers zu Field vom 26. November 1946, die auch Dahlem erhalten hatte, sowie die für ihn direkt bestimmte Aktennotiz zu Field vom 30. Oktober 1948 bekannt gewesen sein. Siehe SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/4/106; BStU, MfS-AU/192/56, Bd. 5, Beiakte, Bl. 50–52, 56.

40 Siehe Brief Dahlem und Merker an Geminder, 8. 11. 1948, in: BStU, MfS-AU/192/56, Bd. 5, Beiakte, Bl. 57.

Dieses Foto kann aus urheberrechtlichen Gründen in der Online-Ausgabe des JHK nicht angezeigt werden.

Kurt Müller (1903–1990)

»ob und wann das Schreiben in der Angelegenheit Field nach Karlshorst weitergegeben wurde, damit die Sache weiter verfolgt werden kann«, kam nicht zur Sprache.⁴¹ Letztlich musste aber auch Pieck an Mielke den Auftrag erteilen, »ermitteln zu helfen«.⁴² Die am 1. September 1950 veröffentlichte Erklärung des Zentralkomitees und der ZPKK zu den Verbindungen ehemaliger deutscher politischer Emigranten zu Noel H. Field wurde dem 2. Plenum zugeschrieben, war jedoch vom Politbüro am 29. August noch verändert worden. Ergänzte Abschnitte weiteten die Anklage gegen das französische Exil wegen dessen Haltung zum Hitler-Stalin-Pakt 1939 und wegen der Field-Kontakte aus. Die Warnung, dass die Untersuchung weitergeführt werde, richtete sich präventiv gegen Paul Merker und Franz Dahlem. Von den sechs aus der SED ausgeschlossenen Funktionären kamen drei sofort in Haft (Leo Bauer und Bruno Goldhammer sowie Willi Kreikemeyer als »zentrale Figur« der Verbindungen zu Field).

Die Frage, welche Rolle ungarische »Geständnisse« gegen deutsche Kommunisten spielten, ist nicht eindeutig zu beantworten. Nachweislich liegen eine »Aufzeichnung« Noel Fields über Erica Glaser und Leo Bauer vom 21. Oktober 1949⁴³ und »Deutsche

41 Der Brief war weitergeleitet worden. Auf Anfrage von Ulbricht im April 1953 wurde von der KPČ das Schreiben, das Karel Šváb und Bedřich Geminder abgezeichnet hatten, im Juni übermittelt. Siehe BStU, MfS-AU/192/56, Bd. 5, Beiakte, Bl. 57.

42 Stenographische Niederschrift der 2. Tagung des ZK der SED, in: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/1/86, Bl. 125.

43 Siehe BStU, MfS-AU 541/53, Bd. 1, Bl. 4.

Personen betreffende, von den Inhaftierten der Rajk-Affäre gemachte Aussagen«⁴⁴ in Form von Protokollauszügen vor. Die von der ungarischen Sicherheit erpressten und manipulierten Aussagen von sieben Inhaftierten (Ilona Kojcsa, Ibolya Steinberger, Iván Földi, George Hodos, Ferenc Vági, Tibor Szönyi, András Kálmán) involvierten sechs deutsche Personen (Lena von Fischer, Emil Zoller, Bernhard Steinberger, Bruno Goldhammer, Fräulein Boritzer und einen Fritz Sterling – das war Fritz Sperling).⁴⁵ Goldhammer, von Vági, Szönyi und Kálmán (28. 5., 4. 7., 27. 7., 4. 8.) wegen des Kontakts zu Noel Field und Allan Dulles im Schweizer Exil erwähnt,⁴⁶ sollte nach eigenem Erinnern an Ungarn ausgeliefert werden, was jedoch nicht geschah. Ein Indiz für entsprechende Planungen könnte Ulbrichts Entscheidung vom 14. April 1950 sein, auf Wunsch des Politbüros »mit einigen Genossen zur Besprechung bestimmter Fragen« nach Budapest zu fahren.⁴⁷ Otto Grotewohl stimmte am 15. April zu, und Ulbricht trat, nach seinem Taschenkalender zu urteilen, tatsächlich am 15. April um 2.00 Uhr nachts seine Reise an. Wie in anderen Fällen war Mielke sicher sein ungenannter Reisebegleiter. Eventuell wurde auch während des Besuchs von Mátyás Rákosi, seinem Stellvertreter Ernő Gerő und anderen Regierungsvertretern im Oktober 1952 ein Auszug aus dem ungarischen Gesamtbericht über die Emigrantengruppen übergeben. Von den dort aufgeführten neun deutschen Namen waren Paul Bertz und Willi Kreikemeyer 1950 in den Tod getrieben worden, Erica Wallach, Bruno Goldhammer und Leo Bauer befanden sich seit Mitte 1951 in sowjetischer Hand. Von den anderen vier Personen (Maria Weiterer, Paul Merker, Wolfgang Langhoff, Hans Teubner) war Merker der Gefährdetste.⁴⁸

Mitte 1951 war faktisch keine Basis mehr für einen Prozess vorhanden, weil die »Hauptverdächtigen« fehlten. Kurt Müller saß seit August 1950 im Gefängnis des MWD (sowjetischen Innenministeriums) in Berlin-Karlshorst. Vier Funktionäre der westdeutschen KPD wurden in MfS-Haft festgehalten. Die Unwilligkeit der Verhafteten, sich als Agenten zu bekennen, und Piecks politische Vorsicht bewirkten einen Aufschub. Obgleich es an potenziell Verdächtigen nicht fehlte, konnte das MfS nicht weiter zugreifen, wohl weil deutschlandpolitische Interessen der Sowjetunion mehr Gewicht erhalten hatten. Unklar ist, in welcher Weise sich die Ablösung des MGB-Bevollmächtigten Oberst Dawydow durch Generalmajor Michail Kawersnew im November 1951 ausgewirkt haben könnte.⁴⁹

44 BStU, MfS-AU 169/54, Bl. 326, 386–388.

45 Fräulein Boritzer soll Vertreterin einer jüdischen Hilfsorganisation gewesen sein.

46 Siehe BStU, MfS-AU/169/54, Bl. 386f.

47 Hausmitteilung von Walter Ulbricht an Otto Grotewohl, 14. 4. 1950, in: SAPMO-BArch, NY 4182/1261.

48 Siehe: Budapest, 27. August 1952, Aktennotiz in der Angelegenheit Noel H. Field, in: Barth/Schweizer: Der Fall Noel Field, Bd. 1 (Anm. 23), S. 113–129, hier S. 123f.

49 Die Ablösung von Dawydow durch Kawersnew erfolgte nach dem Herauslösen des MGB aus dem MWD und damit aus der Verantwortung Berijas. Sie wurde im März 1953 wieder korrigiert.

Dieses Foto kann aus urheberrechtlichen Gründen in der Online-Ausgabe des JHK nicht angezeigt werden.

Willi Kreykemeyer (1894–1950)

Neuer Anlauf und Scheitern der letzten Initiative

Zeitgenössisches Unwissen über die Persönlichkeit Field, erfolgte Geständnisse und der Einfluss einer Atmosphäre des Kalten Krieges konnten in der Folgezeit die hinter den Prozessen stehenden machtpolitischen Interessen nicht verdecken. Nachdem seit Januar 1951 die große Parteiüberprüfung so gut wie beendet und die Verhaftung Rudolf Slánskýs Ende November 1951 bekannt geworden war, schien sich erneut eine Gelegenheit für einen Schauprozess zu bieten. Schon im Mai 1952 wurden die Materialien vom Oktober 1949 nochmals aufbereitet, dazu kam ein Brief von Erica Wallach an Dahlem.⁵⁰ Walter Ulbricht schloss auf der 2. Parteikonferenz der SED im Juli 1952 nicht aus, »aus dem abgründigen Verrat der Tito-Clique und aus der verbrecherischen Tätigkeit der Slánský-Gruppe in der Tschechoslowakei, der Gomulka-Gruppe in Polen und aus dem Fall Luca, Georgescu und Anna Pauker in Rumänien« zu lernen,⁵¹ es seien noch nicht alle »feindlichen Elemente« ausfindig gemacht worden. Matern appellierte an die Staatssicherheit, dies zu tun. Es entstand ein verästeltes Szenario eines raschen Anlaufs zu einer neuen Prozessvorbereitung.

Während Wilhelm Pieck im Schlusswort der 10. Tagung des Zentralkomitees (20.–22. November 1952) nur auf den im *Neuen Deutschland* veröffentlichten Teil der Anklage

50 Siehe: Zur Erläuterung der übergebenen Materialien, 24.5.1952, in: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/4/106.

51 Walter Ulbricht: Die gegenwärtige Lage und die neuen Aufgaben der SED, in: Protokoll der Verhandlungen der II. Parteikonferenz der SED 9. bis 12. Juli 1952 in der Werner-Seelenbinder-Halle zu Berlin, Berlin 1952, S. 151.

gegen Slánský aufmerksam machte, wurde noch während der Rundfunkübertragungen am 24. November 1952 der jüdische Kommunist Hans Schrecker, kommissarischer Chefredakteur der *Leipziger Volkszeitung*, in Leipzig festgenommen. Unter dem Stichwort »Geheim« beauftragte das Politbüro am 25. November »die Organe der Staatssicherheit, unverzüglich die Untersuchung darüber durchzuführen«, ⁵² da Schrecker Verbindungen zu Merker, Eisler und anderen hatte. Zu untersuchen war gleichzeitig, wer André Simone bei seinen Reisen durch die Ostzone begleitet und welche Freundschaften der frühere Botschafter der ČSR Otto Fischl gepflegt hatte. Da Sicherheitsminister Zaisser erkrankt war (bis 6. Januar 1953), erhielt Staatssekretär Mielke vom Politbüro den Auftrag. Am 30. November verhaftete das MfS den im Slánský-Prozess genannten »Trotzkisten« Paul Merker, der jedoch bereits im August 1950 aus der SED ausgeschlossen worden war. Diese Hatz sollte endlich auch an den bekannten Funktionär der internationalen kommunistischen Bewegung Franz Dahlem heranführen. ⁵³

Eine am 2. Dezember vom Politbüro eingesetzte Kommission mit Matern, Ulbricht und dem Berliner SED-Bezirkssekretär Hans Jendretzky, der bald wieder ausschied, bereitete eine Stellungnahme vor. Das Papier stand am 16. Dezember erstmals zur Diskussion. Zugleich wurde das MfS verpflichtet, das in seinen Händen befindliche Material der Kommission zu übergeben. In Abwesenheit von Dahlem und Matern, die dienstlich verhindert waren, bestätigte das Politbüro am 20. Dezember eine Stellungnahme, die veröffentlicht werden sollte. Obwohl das Dokument »Lehren aus dem Prozess gegen das Verschwörerzentrum Slansky« als Beschluss des Zentralkomitees firmierte, hatte kein Plenum stattgefunden. Das bis zum 2. Januar 1953 noch gravierend veränderte Dokument erschien erst am 4. Januar 1953 im *Neuen Deutschland* und wurde auf einem Plenum im Mai 1953 bestätigt. Die Ausweitung der Vorwürfe bis zum Zionismus als »Agentur des amerikanischen Imperialismus« und zur Agententätigkeit für den amerikanischen Geheimdienst deckte sich mit einer bewusst markierten Reihenfolge der Beschuldigten: Paul Merker, Kurt Müller, Fritz Sperling und die Auslandsleitung der KPD in Paris, womit Dahlem und wiederum Merker gemeint waren. Der vom ehemaligen sowjetischen Chefankläger Wyschinski abgeschauten Stil verriet die Handschrift Ulbrichts, und die Übernahme des antisemitischen Feindbildes aus Prag traf nicht nur die Verhafteten hart, sondern löste auch eine antisemitische Welle gegen die Jüdische Gemeinde und andere jüdische Funktionäre in der DDR aus.

Dem Kontext der Zeit entsprechend, entwickelten sich seit dem Jahreswechsel 1952/53 bis in das Frühjahr innere Krisenerscheinungen und eine regelrechte politische Psychose. Es scheint, dass Ulbricht, ähnlich wie Rákosi, mit einem Sprung nach vorn Gefahren von sich abzulenken suchte. Semjonow hatte im Herbst 1952 einen kritischen Brief über ihn an Stalin geschrieben und im Oktober mit diesem darüber gesprochen. ⁵⁴ Semjonow glaubte auch nicht, dass der amerikanische Geheimdienst »die kommunistische Partei eines so

52 SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/2/249, Bl. 8.

53 Zu der sich entwickelnden Dahlem-Problematik siehe den Beitrag von Gerhard Wettig in diesem Band.

54 Siehe Semjonow, Wladimir S.: Von Stalin bis Gorbatschow. Ein halbes Jahrhundert in diplomatischer Mission. 1939–1991, Berlin 1995, S. 276–278.

wichtigen Landes« ausgelassen haben könnte,⁵⁵ wie er Herrnstadt wissen ließ. Stalin übte Kritik an der Arbeit des MGB in der DDR, und der MGB-Bevollmächtigte Kawersnew übermittelte nach Moskau eine offizielle Kritik an der operativen Arbeit des MfS.⁵⁶ Hoch angesiedelte Quellen in der SED informierten das MGB über die explosive Stimmung, wie der Deutschlandkenner Sergej Kondraschow wusste. Eine von Ulbricht im März 1953 veranlasste neue administrative Säuberung der Apparate von Partei, Regierung, Wirtschaft und gesellschaftlichen Organisationen von »feindlichen Elementen« grenzte an einen Ausnahmezustand.

Sowohl Ulbrichts forcierter Kurs⁵⁷ als auch das Stalin'sche Aufrüstungsdiktat für die DDR führten nach dem Tod des Diktators im März letztlich zu der sowjetischen Direktive vom 2. Juni 1953, die eine scharfe Kurskorrektur für die DDR vorgab. Das brachte Ulbricht noch mehr in Bedrängnis – im Politbüro und an der Basis der Gesellschaft. Während der Abwesenheit des politischen Beraters Semjonow, der gegen Ende April wegen kritischer Debatten zur Lage in der DDR nach Moskau gerufen wurde und erst Anfang Juni zurückkehrte, spitzte sich die Lage für den verhafteten Merker, aber auch für Dahlem und Zaisser zu. Am 14. Mai 1953 fasste das Zentralkomitee einen erneuten Beschluss zum »Verschwörerzentrum Slánský«, der einer Kampfansage an die Partei glich und die »Fünfte Kolonne« in der ganzen Gesellschaft suchte. Bereits tote Funktionäre wie Lex Ende und Willi Kreikemeyer sowie in Haft sitzende wie Leo Bauer und Bruno Goldhammer wurden zu Verrätern gestempelt, Paul Merker als Agent des US-Imperialismus denunziert und Franz Dahlem der Blindheit gegenüber Versuchen imperialistischer Agenten geziehen. Nun rückte auch der von Dahlem und Merker an Geminder gerichtete Brief vom November 1948 ins Zentrum. Dahlem wurde aus allen Führungsgremien der SED ausgeschlossen, die Untersuchung sollte weitergeführt werden. Einige andere Funktionäre verloren ihre Parteimitgliedschaft oder erhielten Parteistrafen. Wenig später, am 28. Mai 1953, desavouierte Ulbricht in einer Rede auf der Parteiaktivtagung des MfS den abwesenden Zaisser durch eine massive Kritik an der Arbeit des Ministeriums.

Ähnlich hektisch verliefen die Ermittlungen in der Zentrale des MfS. Hans Schrecker war als angeblicher langjähriger Agent imperialistischer Geheimdienste festgenommen worden. Aufgrund seiner antifaschistischen Solidaritätsarbeit in Prag, Paris und London lieferte seine erste durchgängige Vernehmung am 25./26. November 1952 eine Vielzahl an Namen und Kontakten.⁵⁸ Der Bericht zählte 40 Namen auf, unter anderem Ludvik Frejka, André Simone, Vladimir Clementis und Evžen Löbl, über die in Prag gerade geurteilt wurde, sowie Paul Merker, Franz Dahlem, Leo Bauer und Wilhelm Koenen. Der Fall

55 Rudolf Herrnstadt an W. S. Semjonow, 28. 11. 1962, in: Herrnstadt, Rudolf: Das Herrnstadt-Dokument. Das Politbüro der SED und die Geschichte des 17. Juni 1953, hrsg., eingel. und bearb. von Nadja Stulz-Herrnstadt, Hamburg 1990, S. 273.

56 Siehe Semjonow: Von Stalin bis Gorbatschow (Anm. 54), S. 279–281; Bailey, George/Kondraschow, Sergej A./Murphy, David E.: Die unsichtbare Front. Der Krieg der Geheimdienste im geteilten Berlin, Berlin 1997, S. 178 f., 214.

57 Siehe auch den Beitrag von Ulrich Mähler in diesem Band.

58 Siehe: Bericht über die erste Vernehmung des Straschitz-Schrecker, Hans, am 25. und 26. November 1952, in: BStU, MfS-AU/305/54, Bd. 1, Bl. 15–23.

Schrecker war offensichtlich Anlass dafür, dass bereits Ende Dezember 1952 Staatssekretär Mielke, der stellvertretende Leiter der Untersuchungsabteilung und ein Übersetzer des Ministerium der nationalen Sicherheit in Prag aufsuchten.⁵⁹ Die tschechischen Partner warteten mit einem Neujahrsgeschenk auf: Von elf Verhafteten waren von Mai 1951 bis September 1952 Aussagen über 28 deutsche Personen erpresst worden. Diese wurden vom 29. Dezember 1952 bis 2. Januar 1953 in Prag übersetzt und konnten die Akte Schrecker füllen.⁶⁰ Zu den Aussagenden gehörten u. a. der verhaftete Sicherheitsminister Osvald Závodský, Geminder, Simone und Slánský. Sie hatten sich unter anderem über Bauer, Merker, Dahlem, W. Koenen, Herrnsstadt, Eisler und Schrecker geäußert. Details können hier nicht ausgeführt werden, doch im Fokus standen besonders Zusammentreffen mit Field, Bekanntschaften im Exil, Begegnungen nach 1945, das Stichwort Trotzist und ein Bezug zu Slánský. Erfragt hatte man auch den Brief von Merker und Dahlem 1948 an Geminder wegen Field und Begegnungen von Leo Bauer und Rudolf Herrnsstadt während deren Kur in den Karpaten 1948. Übereinstimmungen mit dem gedruckten »Protokoll« des Prozesses gibt es nicht, mit Ausnahme der Nennung von Willi Münzenberg bei dem Verhör von Simone und von Merker im Verhör von Geminder. Auszüge aus den »Protokollen« Geminders vom Februar 1952 und Závodskys vom Juli 1951 über Merker reicherten dessen Akte an.⁶¹

Das MfS verfügte dadurch über Stoff für weitere Verhöre, aber nicht über Beweise. Nun befasste sich das MfS auch mit Briefen von Merker an Pieck und Ulbricht. Hermann Matern gab für das Verhör mit Merker vor, dass »die Frage der Juden«, die »antisowjetische Linie« und »sein Eintreten für Noel Field«⁶² beachtet werden sollten. Der belastende Brief von Merker und Dahlem an Geminder von 1948 lag nun vor, abgezeichnet von Šváb und Geminder.⁶³ Im September 1953 reiste der stellvertretende Leiter für Untersuchung beim MfS erneut nach Prag. Das Ergebnis waren vier weitere übersetzte und beglaubigte Niederschriften von Zeugenaussagen zu Merker und sieben zu Schrecker, darunter von den Verurteilten London und Löbl, die erneut verhört wurden. Wesentliche Tatsachen konnten jedoch nicht mehr aufgedeckt werden, wie der Abschlussbericht vom 29. September vermerkt.

Politische Ruhe kehrte dennoch nicht ein, denn das Abgelten von Altschulden der kommunistischen Bewegung und politischer Rivalitäten setzte sich fort. Neben dem verhafteten Merker als potenzieller Träger eines politischen Sensationsprozesses und dem höchst gefährdeten Dahlem, der sich in seiner Bedrängnis an Zaisser, an Semjonow und Tschuikow

59 Siehe Kaplan/Svátek: Die politischen Säuberungen (Anm. 3), S. 591. Kaplan erwähnt hier erstmals eine Reise von MfS-Offizieren nach Prag und datiert sie auf etwa Jahresmitte 1953. Dieses Datum könnte eine Verwechslung sein, da im MfS-Archiv zwei Reisen aktenkundig sind: vom Dezember 1952/Januar 1953 und September 1953.

60 Siehe: Vernehmungsauszüge vom Ministerium der nationalen Sicherheit, in: BStU, MfS-AU/305/54, Bd. 8, Bl. 1–79.

61 Siehe: Vernehmungsauszüge vom Ministerium der nationalen Sicherheit, in: BStU, MfS-AU/192/56/ Bd. 3, Beiakten, Bl. 80–83.

62 Siehe Aktennotiz über Rücksprache des MfS mit Matern, 10.9.1953, in: BStU, MfS-AU/541/53, Bd. 1, Bl. 3.

63 Siehe BStU, MfS-AU/192/56, Bd. 5, Beiakte, Bl. 57.

Dieses Foto kann aus urheberrechtlichen Gründen in der Online-Ausgabe des JHK nicht angezeigt werden.

Kundgebung am Rande der II. Parteikonferenz der SED vom 9.–12. Juli 1952

v. r. n. l.: Wilhelm Pieck, Hermann Matern, Hans Jendretzky, Erich Mielke, Adolf Deter, Herbert Warnke.

sowie nach Moskau wandte, wurde die neue Verdachtsgruppe Zaisser/Herrnstadt/Dahlem konstruiert.⁶⁴ Semjonow meinte schon im Juni 1953, Zaisser sei erledigt, und ließ Ende Juli Herrnstadt fallen. Der intrigenhafte Ausschluss Zaisers und Herrnstadts aus dem Zentralkomitee Ende Juli 1953, zunehmende Beschuldigungen gegen sie und die Suggestion, ihre »partei feindliche fraktionelle Tätigkeit« würde der politischen Position des Verbrechers Berija entsprechen, lässt Herrnstadts Furcht vor einem »Prozeß in der Art des Rajk- oder Kostoffprozesses«⁶⁵ nicht ganz abwegig erscheinen. Herrnstadt wurde beobachtet; Zaisser erhielt wie Slánský, dem man eine fingierte Geheimdienstnachricht untergeschoben hatte, ebenfalls ein »Hilfsangebot« aus der Schweiz.

Hauptgrund für den anderen Verlauf in der DDR war sicher, dass der Machtkampf im Kreml gegen Berija entschieden war und sich das politische Kräftespiel veränderte. Seit Herbst 1953 mussten die DDR-Organen mit den »Feldisten« alleine aufräumen. Das schlug sich in Geheimprozessen mit sieben rechtswidrigen Einzelverfahren von April 1954 bis März 1955 gegen Merker nieder. Das Ergebnis seit 1950 blieb bitter genug: Vier schwer belastete Kandidaten waren tot (Paul Bertz, Willi Kreikemeyer, Rudolf Feistmann, Lex Ende), vier landeten bis 1955 im Gulag (Erica Wallach, Leo Bauer, Kurt Müller, Bernhard

64 Zaisser und Herrnstadt wurde bei den Vernehmungen in der ZPKK unterstellt, Franz Dahlem in ihre »Pläne« einbezogen zu haben.

65 Herrnstadt: Das Herrnstadt-Dokument (Anm. 55), S. 273.

Steinberger), sieben Personen erhielten mehrjährige Strafen (Bruno Goldhammer, Paul Merker, Hans Schrecker, Familie Schlotterbeck, Fritz Sperling, Ewald Kaiser), drei Funktionäre verbrachten Jahre und Monate ohne Urteil in MfS-Haft (Alfred Drögemüller, Wilhelm Prinz, Rudolf Zuckermann) und zwei erlebten eine Zwangsisolierung (Erich Jungmann, Werner Schwarze). Nicht zu vergessen sind zahlreiche Abberufungen und erzwungene Arbeitsplatz- und Ortswechsel sowie die Folgen für die Familien. Franz Dahlem kommt das Verdienst zu, dass er sich bis zu seinem Tode für eine Aufklärung des Komplotts einsetzte und beim Schreiben seiner Memoiren 1971 auch Kontakt zu Herta Field aufnahm, den Maria Weiterer vermittelt hatte. In einem Briefwechsel mit Helene Baumgarten, die mit Field befreundet gewesen war, erfuhr er von dem früheren »Wunsch des Genossen Noel Field, die DDR zu besuchen« (er starb 1970). Dahlem blieb jedoch zurückhaltend. Er schrieb im Juni 1971: »Die Ereignisse in der DDR in diesem Zusammenhang sind noch zu frisch und es wäre unzweckmäßig gewesen, um dem Gegner keine Veranlassung zur Aufrollung dieses Falles zu geben.«⁶⁶

66 Dahlem an Helene Baumgarten, 9. 6. 1971; in: SAPMO-BArch, DY 30/9979, Bl. 133.